



**Geschäftsführung  
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909  
Fax : (0221) 221-24447  
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 27.09.2010

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der 10. Sitzung des  
Verkehrsausschusses vom 23.09.2010**

**öffentlich**

**5.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV  
Südbrücke  
Instandsetzung der Fuß- und Radwege  
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern  
3177/2010**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, korrigiert die Vorlage dahingehend, dass die Kosten 300.000 € und für die Alternative 307.500 € betragen. Dementsprechend würden sich auch die Kosten in der Sachverhaltsdarstellung ändern. Eine überarbeitete Fassung werde allen Mitgliedern des Finanzausschusses und des Rates noch schriftlich zugehen.

RM dos Santos Herrmann führt für die SPD-Fraktion aus, dass die verringerten Zahlen zwar grundsätzlich begrüßenswert seien. Dennoch könne sie nach ausführlicher Beratung in der Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen. Die Maßnahmen in den linksrheinischen Treppenhäusern müssen vorerst gestoppt werden, da der andere Vertragspartner – die Deutsche Bahn AG – seinen Teil des Vertrages nicht erfüllt habe und die Stadt somit nicht früh genug eingreifen konnte, um die hohen Kosten zu vermeiden. Die SPD-Fraktion schlage daher vor, wie folgt zu beschließen:

„Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) zukünftig ihrer Pflicht ordnungsgemäß nach kommt. Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, in welcher Höhe die DB AG für durch sie verursachte Mehrkosten bei der Stadt in Anspruch genommen werden kann. Diesbezüglich sind mit der DB AG Verhandlungen zu führen. Mit den Ergebnissen wird die Verwaltung gebeten, die Beschlussvorlage erneut vorzulegen.“

Sie wisse, dass es auch in anderen Bereichen Flächen gebe, für die Stadt und DB gemeinsam verantwortlich seien. Es müsse geklärt werden, wie die Zusammenarbeit verbessert werden könne. Verträge müssen eingehalten werden, jedoch von beiden Seiten. Sie habe den Eindruck, die DB entziehe sich ihrer Verantwortung. Dies müsse ihr deutlich klar gemacht werden.

SB Möller legt dar, dass der Vertrag nach Ansicht der CDU-Fraktion hinsichtlich der Kostenübernahme grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Er bitte die Verwaltung zu klären, ob die Stadt hier in der Tat die vollen Kosten oder lediglich nur Teilkosten übernehmen müsse.

SE Arenz verweist auf die Ausführungen auf S. 3 der Vorlage, wonach nicht erklärbar große Risse in den Außenwänden entdeckt wurden. Er vermute, dass die enorme Nutzung der Brücke durch den Güterverkehr diese verursacht haben und frage sich, ob die in Rede stehenden Maßnahmen überhaupt nachhaltig seien. Zudem halte er die Treppenhäuser für Angsträume, die es grundsätzlich zu vermeiden gelte. In diesem Zusammenhang spricht er auch die für die kommende Sitzung bereits vorliegende Verwaltungsvorlage zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke an. Die Maßnahmen sollten aus seiner Sicht zusammengeführt werden.

Bezug nehmend auf den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion weist BG Streitberger darauf hin, dass dieser ein Abschließen der Treppentürme für die nächsten Jahren bedeute. Die Verhandlungen mit der DB werden sicherlich nicht in Kürze abgeschlossen sein. Ob ein derartiger Beschluss für die Stadt und die DB hilfreich sei, bezweifle er; es handele sich hier zudem um ein Baudenkmal, das instand gesetzt werden sollte. Die Verwaltung werde jedoch selbstverständlich dem Beschluss Folge leisten. Der Wettbewerb für die barrierefreie Anbindung stehe in der Tat in der kommenden Sitzung zur Entscheidung an; er bitte diese Vorlagen jedoch unabhängig voneinander zu sehen und in der heutigen Sitzung einen Beschluss hinsichtlich der Zwischendecken zu fassen.

Herr Neweling führt ergänzend aus, dass die Schäden durchaus voneinander getrennt werden können. Die Schäden an der Außenfassade seien bereits an die DB weitergegeben worden; es läge nun an ihr, tätig zu werden. Die Ausführungen des Beigeordneten schließe er sich an; auch er fände es bedauerlich, wenn nun nicht weitergebaut werden könne und die Türme verschlossen werden müssen.

Ausschussvorsitzender Waddey entgegnet, dass die Türme grundsätzlich nicht sehr attraktiv seien. Auf der linksrheinischen Seite gebe es zudem die Alternative der Außenaufgänge. Außerdem sei zu befürchten, dass die Treppenhäuser bei einer Sanierung bereits nach kurzer Zeit wieder verschmutzt und die Wände mit Graffiti besprüht seien. Dies lasse sich in einem solchen Bauwerk nicht verhindern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich daher dem Antrag der SPD-Fraktion anschließen.

Auch RM Kirchmeyer spricht sich seitens der FDP-Fraktion gegen die Verwaltungsvorlage aus. Der Einschätzung des SE Arenz, dass die Türme Angsträume seien, schließe sie sich im vollen Umfang an. Eine andere Lösung – auch auf der anderen Rheinseite – würde sie bevorzugen.

RM Tull merkt an, dass dem Verwaltungsvorschlag angesichts der derzeitigen Haushaltslage nicht gefolgt werden könne. Die Ausführungen ihrer Vorredner und Vorrednerinnen könne sie unterstreichen.

Auf Frage der SE Steiner stellt Herr Neweling abschließend dar, dass durch die schadhafte Außenwände durchaus weitere Schäden in den Treppenhäusern entstehen könnten; hier müsse die DB tätig werden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt zusammenfassend fest, dass Einvernehmen bestehe, dem Verwaltungsvorschlag nicht zu folgen und stattdessen die Treppenhäuser zu schließen. Er stellt den Ersetzungsantrag zur Abstimmung.

**Geänderter Beschluss (Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion):**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) zukünftig ihrer Pflicht ordnungsgemäß nach kommt. Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, in welcher Höhe die DB AG für durch sie verursachte Mehrkosten bei der Stadt in Anspruch genommen werden kann. Diesbezüglich sind mit der DB AG Verhandlungen zu führen. Mit den Ergebnissen wird die Verwaltung gebeten, die Beschlussvorlage erneut vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt